

ANTRAG

des Abgeordneten Holger Arppe, fraktionslos

Von Extremismus freie Medien in Mecklenburg-Vorpommern

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag bekräftigt,

1. dass zu einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft auch eine freie und unabhängige Medienlandschaft gehört, welche sowohl die traditionellen Medien (Rundfunk, Fernsehen und Presse), als auch die alternativen Medien des Internets (Social Media, Blogs, Onlinemagazine etc.) umfasst.
2. dass jedwede direkte oder indirekte Einflussnahme seitens des Staates, der Regierung oder der sie tragenden Parteien auf die Arbeit der Medien kategorisch abzulehnen ist, ebenso wie die Vorstellung, dass Medien die Bürger im Sinne des Staates zu erziehen hätten, anstatt sie in ihrer Mündigkeit gegenüber demselben zu bestärken und zu unterstützen.
3. dass eine aktive und bezahlte Zusammenarbeit des mit zwangsweise von den Bürgern erhobenen Gebühren finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks (NDR) mit extremistischen und verfassungsfeindlichen Kräften jedweder Couleur diesem Ideal unversöhnlich entgegensteht und daher nicht toleriert werden darf.

Holger Arppe, MdL

Begründung:

Mit der als „Panoramagate“ bundes- und europaweit bekanntgewordenen Affäre rund um die vom NDR produzierte Fernsehsendung Panorama geriet die Arbeitsweise vieler Medien in Deutschland, vor allem aber erneut des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, massiv in die Kritik. Auf der Grundlage dürftigster Informationen ging der NDR bereitwillig das Risiko ein, mit seiner Berichterstattung die bürgerliche Existenz eines bis anhin völlig unbescholtenen Offiziers der Bundeswehr zu vernichten. Besonderes Aufsehen in der breiten Öffentlichkeit erregte freilich die Tatsache, dass sich der NDR hierbei der Zuarbeit einer in linksextremistischen Kreisen verkehrenden, höchst umstrittenen österreichischen Aktivistin bediente, ferner andere an dem Fernsehbeitrag über einen Offizier der Bundeswehr beteiligte NDR-Reporter im Internet ihrer Sympathie für verfassungsfeindliche, linksextremistische Organisationen unverhohlen Ausdruck verleihen. Es scheint daher nur recht und billig, dass der Landtag als Vertretung aller Bürger von Mecklenburg-Vorpommern, welche die Arbeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks finanzieren müssen, angesichts dieses und anderer Skandale einige klarstellende Worte findet.